

Gefährliche Schnittstellen

Einen Monat vor den Bundestagswahlen – am 25. August 2017 – kam die AfD laut ARD-Deutschlandtrend auf 10 Prozent Zustimmung, ein Zuwachs von zwei Prozent. Ein Zufall nach den Terroranschlägen in Spanien und dem medialen Umgang mit diesen tragischen Ereignissen, der so anders ist, als der Umgang mit mindestens so brutalen Anschlägen in Kabul, Bagdad oder andernorts in der sogenannten 3. Welt?

Als dringendste politische Aufgabe wird laut der erwähnten ARD-Umfrage die Klärung der Einwanderungsfrage, die Neudefinition des Asylrechts und die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes gesehen. Begleitet werden solche Umfragewerte von Nachrichten darüber, wie die deutsche und französische Regierung darum ringen, Menschen aus Afrika durch Kooperation mit brutalsten Regimen an der Flucht zu hindern. Monitor berichtete am 24. August 2017 über die grauenerregenden, KZ-ähnlichen Zustände in Libyens »Flüchtlingslagern«, welche zu institutionalisieren die EU anstrebt.

Wer treibt da eigentlich wen an? Wer liefert wem die Steilvorlagen? Die Rechten der bürgerlichen Gesellschaft oder selbige den Rechten? Am 23. August 2017 sendete 3sat die Dokumentation »Die rechte Wende«. In der Ankündigung der Sendung hieß es: »Die Protagonisten der »neuen Rechten« agieren längst nicht mehr im Verborgenen. Und sie sind überzeugt, dass ihre ideologischen Ziele bald von gesellschaftlich relevanten Gruppen geteilt werden«. Und es folgt die in Anbetracht der gesellschaftlichen Realität schon beinahe verstörende Frage: »Gibt es dafür bereits Ansätze?«

Im Einzelnen befasst sich die Dokumentation mit Kerninhalten und -methoden des sogenannten Rechtspopulismus. Ein Begriff, der sowohl der Verniedlichung faschistoider und offen faschistischer Kräfte als auch der Gleichsetzung dieser Feinde jeglicher Demokratie mit der Linken dient. Auf die einzelnen Inhalte und Methoden soll und kann hier nicht detailliert eingegangen werden. Nur so viel: Eine von fünf genannten ist das Spiel mit der Angst, festgemacht an der Instrumentalisierung von Flüchtlingsbewegungen, um dieses Angstgefühl zu erzeugen. Dass den Rechten dies nur möglich war und ist, weil die Konzernmedien entsprechende Hysterie befeuerten und befeuern, kommt nur am Rande beiläufig vor. Überhaupt keine Erwähnung hingegen findet die Panikmache durch das Schüren permanenter Terrorängste, welches in der bürgerlichen Gesellschaft Tag für Tag stattfindet. James Risen beschreibt u.a. das in seinem Buch »Krieg um jeden Preis«, aus dem hier Auszüge dokumentiert sind.

Ellen Brombacher

Aus Teil III: Krieg ohne Ende

Sicherheitsobsession ungebremst

Die Eile, mit der die Vereinigten Staaten von einer offenen Gesellschaft in eine zugemauerte Festung verwandelt wurden – ausgelöst vom 11. September und vorangetrieben mit Milliarden von Dollar für den Heimatschutz –, wurde von der Tötung Osama bin Ladens nicht gebremst. (S. 242)

Jeremy Németh, Planungs- und Designexperte an der Universität von Colorado in Denver, hat einmal gemessen, wie viel Raum die Amerikaner aufzugeben bereit waren. Er fand heraus, dass 35 Prozent des Behördenzentrums der Stadt New York – das Gebiet um Foley Square und die Bundes- und Gerichtsgebäude der Innenstadt – nun innerhalb einer Sicherheitszone liegen und daher nur jenen offenstehen, die eine Zugangserlaubnis besitzen. In Los Angeles liegt ein Areal von über neun Hektar Größe in einer Sicherheitszone. Németh bezeichnet diese neuen Sicherheitsenklaven in Amerikas größten Städten als »Architektur der Angst«.

»Der Sicherheitsapparat hat sozusagen übernommen«, sagt Németh. »Die Sicherheitsexperten haben angefangen, die Stadtplanung und -gestaltung an sich zu reißen.« Tatsächlich wurden die Architekten gezwungen – von Kunden, Rechtsanwälten, Sicherheitsfirmen und staatlichen Regulierungsbehörden –, Sicherheit statt gestalterischer Eleganz zur höchsten Priorität zu erheben. Jetzt gibt es sogar Designfirmen, die sich auf Sicherheitsarchitektur spezialisieren und neue Arten von Auto- und Lkw-Barrieren entwickeln.

Flughäfen sind natürlich ein hoffnungsloser Fall; sie waren die größten Opfer des Sicherheitsfetischismus und vermitteln heute eher den Eindruck von Untersuchungshaftanstalten als von Toren in die Welt. (S. 243)

Das Paradebeispiel der neuen Sicherheitobsession ist natürlich der Nachfolger der Zwillingstürme des alten World Trade Center in New York, das One World Trade Center. Die ersten sechzig Geschosse des Turms vom Boden aus bilden einen stabilen Sockel, dem Autobomben nichts anhaben können. Doch diese verstärkte Konstruktion war der New Yorker Polizeibehörde nicht genug; sie weigerte sich, dem Entwurf zuzustimmen, bis noch weitere Sicherheitsmaßnahmen hinzugefügt wurden und der Sockel des Gebäudes noch weiter von den Bürgersteigen und den Straßen abgerückt wurde. Die New York Times berichtete, dass im Gebäude Sicherheitselektronik für zwanzig Millionen Dollar installiert ist, darunter Melder für chemische, biologische und Strahlenverseuchung sowie »Videoanalytik«, die mit Hilfe von Computern ständig die Überwachungsvideos der Gebäudekameras nach verdächtigen Bewegungen durchsiebt, um die Wachen sofort zu alarmieren, falls sich ein Auto zu lange in der Nähe des Gebäudes aufhält oder eine Person zu schnell geht. Das One World Trade Center ist die höchste Festung in Amerika. (S. 244)

Angst schafft ein einträgliches Gewerbe

Das Bostoner Attentat weckte übertriebene Ängste vor allem deshalb, weil die amerikanische Psyche in den Jahren nach dem 11. September fragil geblieben ist. Nach Boston schürten die Politiker natürlich die alte Angst und riefen wieder nach stärkerer Beschränkung der Privatsphäre, der Bewegungsfreiheit und verfassungsmäßigen Rechte der Amerikaner. Tatsächlich wurde Boston während der Jagd nach dem Verdächtigen einen Tag lang abgeriegelt, ein beispielloser Vorgang, der die Debatte über die Grenzen der Sicherheit in der Ära nach dem 11. September wiederaufleben ließ.

Im Gefolge von Boston verfügte der Baseballverband, dass alle seine Vereine strenge neue Sicherheitsverfahren für ihre zahlenden Zuschauer in den Stadien des Landes einführen müssen. Bis 2015 musste jeder Verein entweder über Hand- oder Standmetalldetektoren verfügen. Für Freunde der traditionellsten amerikanischen Freizeitbeschäftigung verwandelte sich der Weg zu einem Spiel in einen tristen Flughafenaufenthalt. (S. 246)

FBI-Dokumente untermauern, welche Gefahren durch das ungezügelter Wachstum der nationalen Antiterrorinfrastruktur drohen und wie leicht sich die Maschinerie, die zur Ergreifung von Terroristen aufgebaut wurde, auf andere Ziele richten lässt. Häufig werden Ressourcen zur Terrorbekämpfung auch schlicht vergeudet. Die sogenannten »Fusionszentren« des Heimatschutzes, wo die Strafverfolgungsbehörden des Bundes, der Länder und Kommunen zusammenkommen sollen, um terrorbezogene Erkenntnisse zusammenzutragen, haben sich als millionenschwere staatliche Geldverschwendung entpuppt. Sie beeinträchtigen unnötigerweise die Privatsphäre und Freiheiten amerikanischer Bürger und produzieren wertlose Berichte – und das, obwohl laut einer vernichtenden Studie des Senats von 2012 der Verbleib von über 1 Milliarde Dollar an Steuergeldern, die für diese Zentren vorgesehen waren, ungeklärt ist. Viele Geheimerichte, die von den Zentren erstellt wurden, waren so schlecht, dass sie vor der Verteilung im Staatsapparat zurückgehalten wurden. Bei anderen, die verteilt wurden, hätte man besser darauf verzichtet. 2011 warnte ein »Fusionszentrum« in Illinois, dass sich russische Hacker in das Computersystem eines Wasserdistrikts in Springfield eingehackt hätten. Wie sich herausstellte, hatte nur ein Wartungsmitarbeiter auf Russlandurlaub von fern auf das System zugegriffen. (S. 247)

Die Bedrohungen und Ängste fänden in der Öffentlichkeit keinen so starken Widerhall oder hätten keine so nachhaltige Wirkung auf das Land, würden sie nicht durch das Netzwerk unabhängiger Teroexperten verstärkt, das um den globalen Krieg gegen den Terror herum gewachsen ist. Diese Experten sind die sichtbarsten und lautstärksten Advokaten des Kriegs gegen den Terror, und sie haben hart gearbeitet, um das amerikanische Volk ein Jahrzehnt lang nervös zu halten. Sie haben erfolgreich Karriere gemacht mit TV-Auftritten, Vorträgen, Buchpublikationen, Beraterhonoraren und staatlichen Aufträgen. Sie sammeln Gelder für ihre eigenen Firmen wie für verbündete antimuslimische Kampagnen. Sie haben sich zu Markenzeichen entwickelt und ihren Markennamen beständig mit der Warnung aufpoliert, dass sich Amerika im Belagerungszustand befinde.

Sie haben die Angst ausgebeutet, um ein einträgliches Gewerbe für sich selbst zu schaffen, das sie bequem von zu Hause aus betreiben können. (S. 248-249)

Milliardenschwere Heimatschutzindustrie

Im Weißen Haus und im Kongress haben amerikanische Politiker gelernt, dass es enormen politischen Nutzen bringt, wenn man die terroristische Gefahr am Leben hält. Der Kampf gegen den Terror lässt Amtsinhaber stark erscheinen und verschafft ihnen die landesweite Aufmerksamkeit und den politischen Glanz, der mit Fragen der nationalen Sicherheit verbunden ist. Als Präsident gab Barack Obama rasch viele seiner Wahlkampfpositionen aus dem Jahr 2008 zur nationalen Sicherheit auf und arbeitete emsig daran, sich einen Ruf als Kriegerpräsident zuzulegen, was 2011 in der Tötung Osama bin Ladens gipfelte. Er führte die meisten sicherheitspolitischen Maßnahmen von George W. Bush fort und intensivierte sogar noch einige der umstrittensten, darunter die gezielten Tötungen durch Drohnen. Nur um sicher zu gehen, dass die Wähler die Botschaft auch verstanden, ließ das Weiße Haus unter Obama im Präsidentschaftswahlkampf 2012 gezielt geheime Informationen an die Öffentlichkeit durchsickern, die ihn als Falken erschienen ließen, um das alte Image der Demokraten als sicherheitspolitische Weichlinge zu vertreiben. (S. 254)

Angst ist der tragende Pfeiler der milliardenschweren Heimatschutzindustrie sowohl unter

republikanischer wie demokratischer Regierung. Michael Chertoff, ehemaliger Heimatschutzminister, der mit der Chertoff Group eine eigene Firma gegründet hatte, unterstrich diese Verbindung Anfang 2010: Er trat in Nachrichtensendungen auf, um über einen gescheiterten Bombenanschlag auf ein Flugzeug zu diskutieren, und plädierte dabei für die Aufstellung von Ganzkörperscannern auf US-Flughäfen, um solchen Anschlägen zuvorzukommen – während seine Firma gleichzeitig ein Unternehmen vertrat, das solche Scanner herstellte.

Die Beziehung zwischen terroristischen Bedrohungen, Angst und Geld zeigte sich auch auf der Counter Terror Expo 2012 in voller Blüte. Auf dieser grellen zweitägigen Verkaufsschau für den Krieg gegen den Terror zahlten rund hundert Unternehmen, große und kleine, für einen Stand, um im Washingtoner Convention Center ihre Waren in bequemer Nähe zu ihren potenziellen Kunden von FBI, Pentagon und Heimatschutz auszustellen. (S. 257)

Um sicherzustellen, dass auch ja niemandem die Verbindung zwischen terroristischen Bedrohungen und Produktverkäufen entging, gab es auf der Counter Terror Expo eine Reihe von Vorträgen und Seminaren über Terrorismus und Heimatschutz. Neben einem Hauptvortrag von Michael Leiter, dem ehemaligen Direktor des Nationalen Antiterrorzentrums, gab es eine Reihe von Podiumsdiskussionen mit Regierungsvertretern, externen Experten und staatlichen Auftragsfirmen. Bei einer davon sprach ein leitender Beamter der Transportsicherheitsbehörde TSA in glühenden Worten über die ersten zehn Jahre der Behörde: »Es macht Spaß, auf die zehn Jahre der TSA zurückzublicken, sich anzuschauen, wo wir begonnen und wie wir uns entwickelt haben. Wir haben 50.000 Angestellte, ...« (S. 258)

2014, drei Jahre nach Osama bin Ladens Tod, gab es immer noch kein Zeichen, dass sich das Geschäft mit der Angst abschwächte. Eine Forschungs- und Beratungsfirma sagt voraus, dass der globale Markt für Heimatschutz und öffentliche Sicherheit auf Jahre hin weiter dramatisch wachsen und bis 2022 einen Umfang von 546 Milliarden Dollar erreichen wird. (S. 258)

James Risen: Krieg um jeden Preis – Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror, Westend Verlag GmbH Frankfurt/Main 2015 (US-amerikanisches Original »Pay Any Price. Greed, Power and Endless War« von 2014). ★

Wahlkampf II

Aus aktuellen Anlässen dokumentieren wir einen Beschluss des Hannoverischen Parteitagess der Partei DIE LINKE vom 11. Juni 2017, der zusammen mit weiteren, nachstehend genannten, Beschlüssen eine gute Grundlage für linke Wählerinnen und Wähler darstellt: »Kürzungsdiktate stoppen: DIE LINKE unterstützt den Widerstand gegen das Memorandum in Griechenland und fordert einen Schuldenschnitt«, »Solidarität mit den Beschäftigten im Handel und ihrer Forderung nach der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge«, »Grenzenlose Solidarität statt G20!«, »Bundeswehr raus aus Litauen!«, »Sanktionsfreie Mindestsicherung und gute Arbeit statt Hartz IV«, »Abschiebestopp nach Afghanistan bundesweit durchsetzen – für ein offenes und soziales Europa der universellen Menschenrechte!«, »DIE LINKE in Bund und Ländern lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab«.